

Dr. Volker Külow, Leipzig

PEGIDA in Sachsen - Entstehung, Programmatik und mögliche Schlussfolgerungen für die Linke

**Vortrag am 5. November 2015 in Duisburg auf Einladung der Rosa Luxemburg Stiftung
NRW**

Vorbemerkung

Es geht nicht um einen akademischen Vortrag, aber ein kurzer Literaturüberblick zu wissenschaftlichen und publizistischen Analysen des Phänomens PEGIDA scheint am Anfang hilfreich zu sein. Zumal nachher auf Quellen verwiesen wird, die in der linken Bewegung selten (aus meiner Sicht zu selten) wahrgenommen und zitiert werden. Es gibt mehrere Studien der Rosa Luxemburg Stiftung (u.a. von Friedrich Burschel, Mario Candeias, Horst Kahrs, Felix Korsch); diverse Bücher, jüngst im Papyrossa-Verlag erschienen: „Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: Vom Salon auf die Straße“, von Philipp Becher u.a.; es gibt ein Sonderheft aus Politik und Zeitgeschichte vom 28. September 2015 „Rechts in der Mitte?“; das Septemberheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft mit einem wichtigen Beitrag von Wolfgang Benz.

Ein wichtiges Analysemittel sind Langzeituntersuchungen von Wilhelm Heitmeyer am Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld (seit 2002) zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie die Nachfolgestudien von Andreas Zick. Daraus entstand die zehnbändige Reihe „Deutschen Zustände“ und die Reihe der seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen – hier erschien zuletzt unter dem Titel „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ eine repräsentative Erhebung für das Jahr 2014.

Neben den traditionellen linken und politikwissenschaftlichen Erklärungsmustern gibt es auch Wortmeldungen von bekannten Soziologen, Psychologen und Ökonomen, um das Thema auf verschiedenen Ebenen und von verschiedenen Perspektiven aus zu betrachten; dabei spielt das Stichwort Entfremdung eine wichtige Rolle: Hartmut Rosa, Herbert Schui, Hans-Joachim Maaz und Byung-Chul Han, alles Autoren, die soziale Abstiegsängste stärker wissenschaftliche thematisieren. Hierzu gehört auch die Studie vom Rheingold-Institut vor der Bundestagswahl 2013 mit der Kernaussage, dass für viele Menschen die Schrecken der

Zukunft die Gegenwart als "das bedrohte Paradies" erscheinen lassen. Nicht zuletzt gibt es wichtige Erkenntnisse zu PEGIDA von Protest- und Bewegungsforschern wie dem Berliner Soziologen Dieter Rucht. Zuletzt noch eine Buchempfehlung: Erhard Oeser: „Die Angst vor dem Fremden. Die Wurzeln der Xenophobie“, Theiss Verlag Darmstadt 2015; ein lesenswertes Kompendium über Fremdenhass in Geschichte und Gegenwart.

Eine wichtige Nebenbemerkung noch vorab. Aus Zeitgründen kann nicht darauf eingegangen werden, dass der Themenkomplex Pegida/AfD nur verständlich wird im Kontext einer gesamteuropäischen Entwicklung von rechten und nationalistischen Kräften z.B. FN, UKIP, FPÖ, SVP, Wahre Finnen, Orbans Fidesz in Ungarn, Polen, Kroatien usw.. In Ost- und Südosteuropa ist die Situation ohnehin noch brisanter, da völkische und faschistische Bewegungen mit Rückendeckung des Westens auf dem Vormarsch sind.

Viele sozialwissenschaftliche Analysen gehen durchaus berechtigt davon aus, dass der Zuspruch für autoritäre Politik, Entsolidarisierung und „Menschenfeindlichkeit“ ihren Grund auch in der Prekarisierung und Verunsicherung breiter Schichten der Bevölkerung haben, für die zwar rechtspopulistische, aber kaum emanzipatorische oder linke Deutungsangebote gemacht wurden und werden (Ausnahme Podemos und Syriza). Es besteht aber kein linearer Zusammenhang zwischen Ökonomie und politischer Rechtsverschiebung (siehe arme Länder wie Portugal, Spanien und Griechenland auf der einen, reiche Länder wie Schweiz und Österreich auf der anderen Seite). Es gibt eine Krise der etablierten Politik, des traditionellen Parteiensystems; weiterer Durchmarsch des Neoliberalismus trotz der Krise seit 2007ff. mit ihren Folgen; Teilaspekt Eurokrise; nationalkonservative bzw. rechtspopulistische Strömungen überall auf dem Vormarsch; der Linken ist es europaweit nicht gelungen, eine Umverteilung von oben nach unten in Bewegung zu setzen, ganz im Gegenteil; bürgerliche Kräfte im Zusammenwirken mit Sozialdemokratie spielen im Interesse des Kapitals die verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen und die einzelnen Länder erfolgreich gegeneinander aus.

1. Was ist Pegida? Entstehung, Inhalt und wesentliche Ursachen

Gegen Pegida und weitere GIDAs wurde bisher keine erfolgreiche Strategie, zumindest in Dresden und einer Reihe kleinerer ostdeutscher, vornehmlich sächsischen Städten, gefunden. Leipzig und der Kampf gegen Legida bildet (noch) eine Ausnahme. Der Aufstand der

„Wutbürger“ muss natürlich in den Aufschwung rechter, rechtsnationaler, rechtspopulistischer, rechtsextremistischer Kräfte und Stimmungen in der BRD eingeordnet werden. Es gibt jetzt eine rechte APO, die zunehmend die Systemfrage stellt; „die rechte Szene ist im Kriegszustand“ (B. Riexinger) und der Staat schaut zumeist weg bzw. der „tiefe Staat“ deckt diese Strukturen und ihre Aufklärung (vgl. den Dokumentarfilm „Die Akte Zschäpe“ in der ARD). Parteipolitisch manifestiert sich das in weiterer Rechtsentwicklung der AfD, die vom Osten ausgeht und wohl auch hier entschieden wird (Petry aus Sachsen und Höcke aus Thüringen); dazu ein christlicher und evangelikaler Fundamentalismus; völkisch-konservativer Familienpopulismus; anknüpfend an die Leitkulturdebatte, entsprechende Literatur vor Jahren von Arnulf Baring über Sarrazins reaktionären Sozialdarwinismus bis zum verquollen deutschnationalen Käse von Botho Strauß für gehobene Kreise – all das trägt inzwischen auch Züge eines manifesten Kulturkampfes, intellektuell befeuert von der „Neuen Rechten“ um deren Wochenzeitung „Junge Freiheit“.

Ein Ergebnis der Forschung ist: Empirisch betrachtet hat es keine Verbreiterung von Parametern der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wie Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus usw. in den letzten Jahren gegeben. Wohl aber sind eine zunehmende Polarisierung und Verhärtung festzustellen, sowie eine wachsende Bereitschaft, die ablehnenden Einstellungen in der Öffentlichkeit kollektiv und organisiert auszudrücken. Unter dem Radar der auf Tagesaktualität ausgerichteten Aufmerksamkeitsökonomie ist hier über Jahre etwas herangereift und hat sich verbunden. Ende Oktober 2014 fand die erste Demonstration der "Patriotischen Europäer" statt, deren Idee in einer Facebookgruppe entstanden und die mit 350 Menschen noch sehr mäßig besucht war. Anlass war eine vorherige Demonstration in Dresden, auf der, zumindest nach Wahrnehmung des späteren "Orgateams" von Pegida, Waffen für die PKK zur Unterstützung des Kampfes in Kobane gefordert wurden. Hieraus entstand wohl auch der Hauptslogan "Gewaltfrei und vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden", der auf dem Fronttransparent der Spaziergänge zu lesen ist. Interessant ist hierbei, dass laut Selbstdarstellung am Anfang nicht die später ins Zentrum geratene "Islamisierung" stand, sondern vielmehr die "Linke, die Antifa und kurdische Mitbürger" und die Angst davor, dass "der Konflikt der PKK hier in Deutschland, in Dresden ausgetragen wird" (Kathrin Oertel). Damit war ein eher zufällig entstandener Kristallisationspunkt vorhanden, um den herum sich unterschiedliche Empörungsmotive anlagerten. Zum einen konnte an verbreitete und in ganz Deutschland feststellbare islamkritische und ausländerfeindliche Ressentiments angeknüpft werden. Zum anderen setzte

dieser emotional aufgeladene Katalysator eine offenkundig über lange Zeit aufgestaute Wut über die politischen und medialen Eliten frei. Die entsprechenden Emotionen waren dabei kaum sozioökonomisch begründet, etwa als Furcht vor ökonomischer Benachteiligung und sozialem Abstieg. Es dominierten diffuse Ängste vor dem Verlust von Tradition und regionaler beziehungsweise nationaler Identität durch einen im Alltagserleben nur wenig bekannten Islam. Islamkritik und -feindlichkeit stellten für Pegida mithin jenen „Zündfunken“ dar, der die Empörung über eine schlecht erklärte und schlecht ins Werk gesetzte Asylpolitik aus dem persönlichen Nahbereich ins Grundsätzliche verlagerte. Damit wurde das Feld bereitet, auf dem alle Arten von Enttäuschung und Frustration als Schmähungen „der Politik“, „der Politiker“ oder „der Medien“ öffentlich inszeniert werden konnten.

Dabei konnte und kann Pegida ebenso wie die AfD an mindestens vier große gesellschaftliche Konfliktlinien anknüpfen, die stichwortartig hier kurz zu nennen sind: 1. die andauernde Eurokrise; 2. das Verhältnis von EU zu Nationalstaaten und Regionen, d.h. die hochbrisante Frage, welche Rolle die Nationalstaaten in Zeiten supranationaler ökonomischer Integration und transnationaler Konzerne noch spielen; 3. der Zusammenhang zwischen einer auf neue Art immer noch imperialistischen Weltordnung und der globalen Flüchtlings- und Migrationsfrage und 4. der Kulturkampf gegen die 68er, den Islamismus, Genderpolitik, „Multikulti“ usw..

Zurück zum Herbst 2014. In den folgenden Monaten entstanden bundesweit viele Ableger von Pegida, die aber in der Größe bei Weitem nicht an die Dresdner Spaziergänge heranreichen konnten. In Dresden wuchsen die TeilnehmerInnenzahlen bis auf 25.000 am 12. Januar 2015, bevor es zu inneren Zerwürfnissen und einer Spaltung im Orgateam kam, worauf auch die Teilnehmezahlen zunächst deutlich zurückgingen. Nach ihrer Spaltung konnte Pegida in Dresden seit Februar 2015 kaum mehr als zwei- bis dreitausend Teilnehmer mobilisieren. Die Kandidatin von Pegida bei der Dresdner Oberbürgermeisterwahl erhielt im Juni 2015 im ersten Wahlgang immerhin rund 21.000 Stimmen (9,6 Prozent). Zum Vergleich: Der CDU-Kandidat, Innenminister Markus Ulbig, erhielt 15 Prozent und trat im zweiten Wahlgang gar nicht erst an. Dieser relative Erfolg ließ Pegida einen Strategiewechsel erwägen: Bei Kommunal- und Landtagswahlen sollen künftig Kandidaten aufgestellt werden. Einer Zusammenarbeit mit bestehenden Parteien wie der „Alternative für Deutschland“ (AfD) hat sich Pegida bisher verweigert. Stattdessen versuchten die Organisatoren, Anschluss an

internationale rechte und rechtspopulistische Netzwerke zu finden, bislang aber ohne durchschlagenden Erfolg.

Die Frage, wer an den Spaziergängen von Pegida teilgenommen hat (bzw. immer noch teilnimmt), versuchen verschiedene Studien zu beantworten. Selbst nach der Veröffentlichung der empirischen Umfrage unter Teilnehmern in Dresden durch ein Team unter Leitung von Hans Vorländer (Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Technischen Universität Dresden) sowie der Untersuchung des renommierten Protestforschers Dieter Rucht ist es schwierig, Pegida als rechtspopulistische Bewegung hinsichtlich ihrer *sozialen* Zusammensetzung und der Motivation der Teilnehmer seriös einzuschätzen. Gesichert scheint, dass bei einer Mehrheit der Protestierenden eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik im Vordergrund steht. Einiges spricht auch dafür, dass die überwiegend männlichen Teilnehmer „rechtsdrehende Protestneulinge“ (Dieter Rucht) sind. Die Demonstrierenden sind augenscheinlich mehrheitlich Nichtwähler mit leicht überdurchschnittlichem Einkommen. Bei allen methodischen und forschungspraktischen Schwierigkeiten geben diese Studien dennoch Hinweise auf die soziostrukturellen Hintergründe - zumindest eines Teils - der TeilnehmerInnen. Das größte Problem bei den Befragungen war die geringe Bereitschaft der DemonstrantInnen, an den Umfragen teilzunehmen. Dennoch kommen alle Studien in Hinblick auf die sozioökonomischen Daten zu ähnlichen Ergebnissen: Bei Pegida demonstrieren überwiegend Männer (zwischen 75% und 81,9%), überwiegend Konfessionslose (zwischen 70% und 78%), überwiegend im Alter zwischen 40 und 55 Jahren, mit überdurchschnittlichen Bildungsabschlüssen (nur bis zu 5% Hauptschulabschluss, jedoch bis zu 36% Hochschulabschluss), viele Angestellte, aber auch ArbeiterInnen (über 50%) und überdurchschnittlich viele Selbstständige bzw. FreiberuflerInnen (18% bis 20%). Als häufigstes durchschnittliches Einkommen ermittelte man 1.500 bis 1.999 Euro (20,6%), während 29,6 Prozent unter 1.500 Euro verdienen und der Rest darüber. Daraus lässt sich zumindest als Tendenz schließen, dass die DemonstrantInnen keine "abgehängten ModernisierungsverliererInnen" sind, sondern vielmehr aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen, hauptsächlich ArbeiterInnen, Angestellte und Selbstständige, mit durchschnittlichen Einkommen.

Bekanntlich ist Pegida kein Dresden-Phänomen, sondern hat inzwischen in vielen Städten Ableger: Führungsgruppe der diversen Pegidas sind zumeist typische Repräsentanten des "verrohten Bürgertums" (Andreas Zick), die sich als kleine Selbstständige auf dem Weg nach

oben wählten, dabei einen Absturz erlebten, häufiger schon mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, weil teilweise kriminell. In einigen Fällen gibt es auch entsprechende Kontakte in die extreme Rechte. Das gilt noch stärker bei den eingeladenen Rednern (Jürgen Elsässer).

Die völkischen Positionen bei Pegida

Um die Positionen von Pegida zu bestimmen, gibt es verschiedene Möglichkeiten. Am besten geeignet zum Herausarbeiten der Kernpunkte sind die Reden, die auf youtube nachzuhören sind.

Vorab ein wichtiger Hinweis zum Erfolgsgeheimnis von Pegida: Pegida wurde erst in dem Moment zu einer dynamischen Bewegung, als sie prominente Straßen und Plätze, also den realen Raum, öffentlichkeitswirksam zu besetzen wusste. Weil sie es tat, vergrößerte sich die Teilnehmerschaft. Performativer Akt und Konstituierung von Pegida als Massenbewegung gingen Hand in Hand. Die montägliche, durch Kundgebung und „Abendspaziergang“ strukturierte Veranstaltung etablierte ein Ritual. Erst durch regelmäßige Wiederholung gab es den Teilnehmern das Gefühl, zu einer Gemeinschaft Gleichgesinnter zu gehören. Nur in der öffentlichen Inszenierung lag die Möglichkeit beschlossen, die eigene Ohnmacht überwinden und kommunikative Macht erringen zu können. Generell folgen die Pegida-Veranstaltungen einer speziellen Liturgie, die, ähnlich den nationalen Zeremonien im 19. Jahrhundert, in einer Art Gottesdienst die Nation anrufen. Dazu gehören als optischer Rahmen neben den Transparenten der Fahnenkult mit der Wirmerflagge, die auf rotem Grund ein golden gefasstes Kreuz zeigt. Hier wird das Erbe eines katholischen NS-Widerstandskämpfers missbraucht, der nach dem Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Zum Ritual gehört, dass in der Eingangsrede auf jeweils aktuelle Äußerungen von PolitikerInnen eingegangen und die mediale Berichterstattung beklagt wird. Im Anschluss kommen GastrednerInnen zu Wort, wonach dann ein "Spaziergang" durchgeführt wird. Beim Abschluss wird nach einer kurzen Rede die Nationalhymne gesungen. Und noch ein Ritual ist charakteristisch für die abschließende Kundgebung nach der Demo: Auf Aufforderung der Organisatoren halten die Teilnehmer ihre Handys mit eingeschalteter Taschenlampenfunktion in die Höhe. Das kann interpretiert werden als Anleihe aus der Popkultur oder, den intellektuellen Anspruch der Pegida-Gefolgschaft ausdrückend, als Beginn einer politischen Erleuchtung. Diese Form der Veranstaltung stellt mit dem Inhalt der Reden und der immer

gleichen Reaktionen darauf eine erlebbare Gemeinschaftlichkeit her, die in der Feindlichkeit der gesamten Umwelt begründet ist.

Inhaltlich sind es vor allem sechs Motive, die herausdestilliert werden können:

1. Das "Volk " gegen die Parteien/PolitikerInnen
2. Der Kampf gegen die Medien/Presse („Lügenpresse“)
3. Eine (zumeist implizite) Absage an das Links-Rechts-Schema der Politik, was im Kern auf ein anti-linkes Ressentiment hinausläuft / "besorgter Bürger"-Theorem, gewisse Zwiespältigkeit
4. Antifeminismus
5. Rassismus gegen Flüchtlinge/ "den" Islam und versteckter Antisemitismus
6. Ein antiwestliches Ressentiment und Pro-Russlandorientierung

Die offenkundige Ethnisierung sozialer Probleme ist als vermeintlich leicht nachvollziehbare Erklärung mannigfachen Unbehagens und vieler sozialer Schwierigkeiten willkommen, und die als Problemlösung vorgeschlagenen Politikkonzepte (law and order, Einwanderungsstopp, Rückführung von Migranten) treffen die Wünsche vieler. Solche Erlösungsbotschaften entsprechen den Bedürfnissen einer bestimmten Schicht von Unzufriedenen, denen Selbstbehauptung angesichts echter und vor allem imaginärer Gefahren oberstes Gebot ist, womit sie ihre Bedrohungs-, Überfremdungs- und Existenzängste ausagieren. Es geht geängstigten Bürgern zwar vordergründig darum, Muslime als Fremde zu stigmatisieren, deren Religion als Gewaltideologie zu denunzieren und sich selbst durch die Abwehr daraus resultierenden Unbehagens zu bestätigen. Unter der Oberfläche des Feindbildes plagt ein diffuses Gemenge von Unsicherheit und Angst, von Ratlosigkeit und Unverständnis gegenüber rasanten und komplexen Veränderungen der Welt die Menschen in der Mitte der Gesellschaft: Werden die Sozialsysteme überfordert, sind Zukunft und Alter sicher, ist die Vision Europa von Politikern zerredet und von Bürokraten in Brüssel von der Gurkenkrümmung zur Badewassertemperatur und zum Härtegrad des Frühstückseis in schikanösem Reglement so kleingearbeitet worden, dass nur nationaler Patriotismus die Rettung bringt?

Globalisierung ist für viele zum Schreckenswort geworden, die Sehnsucht nach dem alten Nationalstaat ist Ausdruck des Verlangens nach überschaubaren Verhältnissen, nicht minder der Ruf nach einer starken Staatsgewalt, die vor Kriminellen, Fremden und

anderen Bedrohungen energisch schützt. Das lässt sich als Nostalgie zusammenfassen, die sich gegen Modernisierungen in der Gesellschaft und deren staatliche Verfassung stemmt. Das zentrale Motiv, das den Ressentiments zugrunde liegt, ist aber das Gefühl, nicht genug partizipieren zu dürfen, die Empfindung von Ohnmacht gegenüber vermeintlich willkürlich operierenden Obrigkeiten, gegenüber unkalkulierbaren Entwicklungen. Tiefe, aber überwiegend nicht spezifizierbare Unzufriedenheit kennzeichnet den Menschen, der sich im Namen von Pegida auflehnt gegen das, was ihm Unbehagen bereitet, was ihn unzufrieden macht, ängstigt, was er aber nicht genau definieren und artikulieren kann und daher auf den Islam projiziert.

Pegida ist somit nicht nur getragen von rassistischen Ressentiments, sondern auch Ausfluss und Ausdruck politischer Obdachlosigkeit, kultureller Traditionsschwächen, weltanschaulicher Leere und zivilgesellschaftlicher Bindungsschwächen. Davon mag besonders viel in Ostsachsen anzutreffen sein. Zu Sachsen und Dresden als Orte des Erfolgs der Bewegung gehe ich gleich noch ein. Die Usurpation des Slogans jener Bürgerbewegung, die die DDR in die Knie zwang – „Wir sind das Volk“ –, deutet möglicherweise auf spezielle Beschwerden in der Region, die nach dem Verlust vertrauter Strukturen noch nicht durch den Erwerb neuer Bürgertugenden und eines modernen Verständnisses der Gesellschaft kompensiert sind. Die Entfaltung des Protestes in der Region Sachsen unter den Slogans der Islamfeindlichkeit erinnert an den Erfolg des Antisemitismus in Landstrichen, in denen es keine Juden gibt: Die reale Abwesenheit des Feindes begünstigt das fiktionale Feindbild.

Zur Analyse des Jenaer Soziologen Hartmut Rosa: Die Politikverdrossenheit, welche die Menschen auf die Straße, zu Pegida oder zur AfD treibt, hat wesentlich ihre Wurzel darin, dass die Bürger den Eindruck haben, ihre Stimme bliebe ungehört, sie finde keine Resonanz. Das Verstummen der repräsentativ-demokratischen Politik, der Resonanzverlust, hat dabei zwei Seiten: Zum einen beklagen die Demonstrierenden immer wieder, „die Politiker“ hörten ihnen nicht zu, sie kümmerten sich nicht um die Wähler, sie seien eine abgehobene Kaste oder wirtschafteten nur in die eigene Tasche. Die Resonanzachse zwischen Politiker und Bürger scheint verstummt, sie stehen sich indifferent oder feindlich gegenüber. Zum anderen aber beklagen dieselben Bürger, wie die empirische Einstellungsforschung belegt, dass die Politik als solche ihre Gestaltungsmacht verloren habe: Die Wirtschaft habe längst das Sagen. Auf die Politik komme es gar nicht an, sie sei nicht (mehr) das Instrument der Gestaltung der Lebenswelt.

Auf die erste Form des wahrgenommenen Resonanzverlustes reagieren die Menschen mit Protest: Sie wählen AfD, um „die Politik“ zur Resonanz zu zwingen. Auf die zweite Form reagieren sie mit Wahlverzicht, da es ja keinen Sinn habe und keinen Unterschied mache, ob man wählen geht oder nicht. Beide Entfremdungsformen lassen sich gut beobachten. Von kurzzeitigen Gegentrends abgesehen, nimmt die Wahlbeteiligung in Europa fast überall ab, in einigen Regionen sogar dramatisch. Das aber heißt: Menschen fühlen sich fremd im eigenen Land, weil die Politik als Resonanzsphäre versagt, weil die Kommandobrücken kein Echo zurückwerfen. Die Stimme des Bürgers wird in der Wahlkabine „abgegeben“ und scheint dann verloren.

Anders als in der etwa von Jürgen Habermas konzipierten Sphäre der Öffentlichkeit, in der sie sich als Stimme der Vernunft hörbar macht, oder in der politisierten Kultur der Nach-1968er-Jahre, als sie sich im Protestlied der Rebellierenden und in der Rockmusik wirkmächtig und fühlbar zu artikulieren verstand, wird die Stimme des Bürgers in der spätmodernen Welt vornehmlich in zwei Formen vernehmbar, die schon Entfremdung signalisieren: im Protestschrei der Wutbürger, der Widerhall sucht und dabei feindliche Ablehnung zum Ausdruck bringt, und im medial erzeugten und verbreiteten (zynischen) Gelächter, das so erfolgreiche politische Comedy-Shows wie die „Heute-Show“ erzeugen und verbreiten. Der spätmoderne Bürger lacht aus Verzweiflung über eine Politik, die ihr nicht mehr antwortet, die ihr nichts zu sagen hat.

Forscht man nach den Ursachen für diese Art des Resonanzverlusts, mag wiederum die Beschleunigungstheorie Anhaltspunkte liefern: Demokratische Willensbildung und Entscheidungsfindung sind zeitaufwendig; sie werden umso zeitaufwendiger, je komplexer die Themen sind und je pluralistischer die Bevölkerung wird. Die Eigenlogik der Demokratie zielt daher unter spätmodernen Verhältnissen auf Verlangsamung, die Geschwindigkeit der globalen Konkurrenzsysteme, der wirtschaftlichen Transaktionen und vor allem der Finanzmärkte verlangen hingegen rasche Entscheidungen – sie werden dann oft genug als exekutive, alternativlose „Basta“-Entscheidungen durch die Parlamente gepeitscht.

Fragt man dagegen danach, warum dieses politische Entfremdungsgefühl in Ostdeutschland, wo sowohl das Lager der Protestwähler als auch die Heerschar der Nichtwähler größer sind, deutlich stärker ausgeprägt und weiter verbreitet erscheint als im Westen der Republik, stößt

man auf eine wichtige Erklärung der Fremdheitserfahrung: Der Prozess der politischen Anverwandlung der kollektiven Institutionen nach der Wende ist in den neuen Ländern in weiten Teilen misslungen, und daran trägt die westdeutsche Politik die Hauptschuld. Was zunächst als großer Vorteil gegenüber anderen postsozialistischen Staaten wie Polen, der Tschechischen Republik oder Ungarn erschien, dass nämlich die ehemaligen DDR-Bürger die neuen ökonomischen, rechtlichen, politischen, sozialstaatlichen Institutionen nicht mühsam suchen, finden und gestalten mussten, sondern vom wohlmeinenden Westen einfach „geschenkt“ bekamen, erweist sich als ein bis heute nachwirkendes Hindernis: Es waren eben nicht ihre eigenen, selbstgeschaffenen Institutionen und Strukturen, sondern die der Westdeutschen, für die, so erwartete man es in den alten Ländern, die Ostdeutschen dankbar sein sollten.

Fast über Nacht verwandelte sich die Lebenswelt Letzterer in fast jeder Hinsicht in einer Weise, die sie nicht kontrollieren konnten – den Anverwandlungsprozess mussten sie dann gleichsam im Nachhinein vollziehen. Sie mussten sich Strukturen aneignen, die schon fertig waren und als deren Schöpfer sie sich nicht verstehen konnten. Anverwandlung als Herstellung einer Resonanzbeziehung gelingt aber nur in Verbindung mit Selbstwirksamkeitserfahrungen: Menschen können sich Dinge nur dann und dort anverwandeln, wo sie auf sie einzuwirken vermögen, wo sie das Gefühl haben können, etwas oder jemanden zu erreichen und Prozesse zu gestalten.

Selbstwirksamkeitserfahrungen in diesem Sinne sind in einer globalisierten Welt ohnehin zu einem knappen Gut geworden, auch im Westen. Es kann daher nicht verwundern, dass sich die Menschen gerade im Osten fremd im eigenen Land fühlen. Ihre Demonstrationen lassen sich durchaus als Versuch deuten, die eigene Stimme wieder hörbar zu machen und auf diese Weise um Resonanz zu ringen. Sofern diese Analyse richtig ist, appellieren latent oder offen fremdenfeindliche Organisationen wie die AfD oder Pegida zwar an xenophobe oder rassistische Instinkte: Sie knüpfen aber auch an durchaus rational begründete oder begründbare Entfremdungserfahrungen an und instrumentalisieren sie für ihre rechtspopulistischen Zwecke, wobei sie freilich an durchaus vorhandene, tiefsitzende Vorurteilsstrukturen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit anzudocken vermögen.

Diese Entfremdungsprozesse sowie echte und vermeintliche Bedrohung werden durch die Politik der Herrschenden seit Jahren befördert. Die Demonstrationen finden in einer Zeit statt,

in der „der Westen“ direkt oder mit Hilfe seiner Gefolgschaftsarmeen an den Peripherien des imperialen Zentrums immer neue Kriege führt. Der vorgebliche Zweck von Pegida, die Islamisierung des Abendlandes zu verhindern, resultiert aus einer ja auch tatsächlich vorhandenen Bedrohung. Die medial vermittelten Bilder dieser Kriege sind so unheimlich (von Abu Ghraib bis zum IS), dass sie Folgen für die eigene Unversehrtheit fürchten lassen. Hauptursache der anwachsenden Bedrohungsängste ist aber eben nicht der Islam, sondern die Kriegspolitik von USA und NATO sowie die Rückkehr zum allgemeinen Banditentum in den internationalen Beziehungen.

Die westlichen Eliten und ihre Medien lenken die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf ein Konglomerat von vermeintlichen Gründen, in deren Mittelpunkt der religiöse Fanatismus (Islamismus) steht. Das Schüren von Islamophobie, die Furcht vor AusländerInnen, die Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen (Frontex) bettet sich in diese Verschleierungsstrategie ein und zeigt Wirkung. Die fortgesetzte Weigerung westlicher Medien und Politiker, terroristische Aktivitäten im Nahen Osten als Antwort auf die eigenen Aggressionskriege zu benennen, lässt weitere Eskalationen für die Zukunft befürchten. Die unverkennbare Absicht von Kiew und NATO, den Konflikt mit der Ostukraine militärisch zu lösen und dabei die Russische Föderation in einen großen Krieg in Europa zu treiben, wird neue Ängste schüren. Und auf dem Balkan (ich erinnere an 1914) zieht die Kriegsgefahr augenscheinlich noch schneller auf (siehe Angela Merkel dazu in Darmstadt).

Hinzu kommen die Bedrohungsängste vor einer sozial ungewissen Gegenwart und Zukunft, die weiterhin durch die Agenda 2010 geprägt sein wird. Mit Hartz IV ist die Bundesrepublik in eine Gesellschaft des Abstiegs, der Prekarisierung und Polarisierung verwandelt worden. Der soziale Status vieler Menschen ist real bedroht; soziale Unsicherheit, gesellschaftliche Verrohung und Konkurrenz in der Arbeitswelt nehmen zu. Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Verhältnisse für die Mehrheit der Bevölkerung immer weniger durchschaubar.

Unzufriedenheit geht nach rechts

Angesichts dieser dramatischen Entwicklung überrascht es nicht, dass das politische System der Bundesrepublik mit seiner viele Jahrzehnte lang stabilen Parteienlandschaft seit geraumer Zeit von einer galoppierenden Glaubwürdigkeits- und Legitimationskrise erfasst wird. Immer

mehr Menschen, oft sogar die Mehrheit, misstrauen grundsätzlich den herrschenden politischen Eliten, den Leitmedien sowie den etablierten Parteien und nehmen an den Wahlen nicht mehr teil. Mitgliedsstärke und Bindungskraft der bestehenden Parteien schwinden dahin. Zu einem wesentlichen Motiv der Stimmabgabe wird die Protestwahl. Nach Heribert Prantl ist die „GroKo das Finale der deutschen Nachkriegsstabilität“. Es existiert faktisch ein neoliberales „Einparteiensystems“ als „rotierendes Elitenkartell“. An der Einbindung der LINKEN in dieses Kartell wird „gearbeitet“.

Pegida ist neben der Wahl von rechtspopulistischen Protestparteien ein neuartiges Format, wie das enorme Misstrauen gegenüber diesem Elitenkartell derzeit nach rechts geht. Es dokumentiert einen Legitimationsverlust von Herrschaft. Die deutlichste Botschaft lautet: „Ihr lasst uns im Stich“. Merkmal von Pegida ist die Mobilisierung zu Demonstrationen unter Losungen, die fremdenfeindlich und deuschümelnd sind, aber auch an berechtigte Kritik des politischen Systems und der Leitmedien anknüpfen.

In den bisherigen Pegida-Analysen aus linker Sicht gibt es deutliche Unterschiede bei der Motivbewertung der Demonstrationsteilnahme. Die von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ gespeiste Islamophobie wird entsprechend der öffentlichen Wahrnehmung oft an erster Stelle genannt und dann folgt zumeist gleich das generelle Misstrauen gegen die etablierte Politik und gegen die Medien. Der reale oder drohende Statusverlust vieler Demonstranten wird mit Begriffen wie „Wohlstandschauvinismus“ oder „irrationale Ängste“ (Gerd Wiegel) m.E. ungenügend analytisch erfasst.

Aggressionsverschiebung weg von den Herrschenden

Ich teile die Einschätzungen von Herbert Schui, der als wesentliches Motiv für die Demonstrationen die „Vorstellung einer allgemeinen Bedrohung, nämlich durch Arbeitslosigkeit, niedrige Renten, Armut allgemein“ sieht und von einer „großen Aggressionsverschiebung“ spricht. Die angebliche Islamisierung ist der Ersatz für den „eigentlichen, den objektiven Gegner“ – den herrschenden Block. Der appellative Gestus der Demonstrierenden gilt ja nicht den Flüchtlingen und Fremden, sondern den deutschen Eliten, dem deutschen Staat, seiner Regierung, seinen Parteien, seinen Verlautbarungsmitteln und Herrschaftsdiskursen. Das Erkennen der tatsächlichen Verursacher für diese Entwicklung (die kapitalistische Produktionsweise, die herrschende Klasse und deren politischer Teil) setzt aber

nicht nur Wissen über die gesellschaftlichen und politischen Zustände, sondern auch die Bereitschaft voraus, gegen sehr mächtige Gegner in den Kampf zu ziehen.

Diese Bereitschaft ist im autoritätsgläubigen Sachsen und speziell in Dresden mit einem Ausländeranteil von 2,5 Prozent besonders gering ausgeprägt. Zum einen gibt es seit 1990 mit der durchgängigen CDU-Herrschaft eine stabile rechtslastige, sehr repressive Hegemoniekonstellation in der Regierung mit den entsprechenden Folgen für das politische und das geistig-kulturelle Leben im Freistaat. Flankiert wird diese konservative Vorherrschaft in der berühmt-berüchtigten „sächsischen Demokratie“ durch ein stabiles Wählerpotential rechts von der CDU (etwa 15 Prozent für NPD und AfD). Die Anfälligkeit signifikanter Teile der Bevölkerung für rechte Parolen ist somit größer als in anderen Bundesländern.

Das neoliberale Herrschaftssystem fördert mit allen Mitteln die Orientierung auf ein schwächeres Ersatzobjekt, das es zu bekämpfen gilt. Dieses Objekt sind bei den Pegida-Demonstrationen vorwiegend Flüchtlinge, Asylsuchende und Ausländer sowie die gegenüber dieser angeblichen „Gefahr“ untätigen Politiker. Eine „antiaufklärerische Aggression (greift) Platz“ (Byung-Chul Han). Pegida-Demonstranten werden objektiv zu „nützlichen Idioten“ (Ingo Schulze): „Für die regierenden Parteien sind die PEGIDA-Demonstranten eine bequeme Opposition – denn die eigentlichen Fragen werden von ihnen gerade nicht gestellt.“ (Süddeutsche Zeitung vom 27. Januar 2015)

Das Gefährliche ist, dass dadurch politisch zu Recht Unzufriedene, die sich aktiv betätigen wollen, gegen ihre eigenen Interessen instrumentalisiert werden. Die da oben fühlen sich dann sicher, wenn sich die Unzufriedenheit nach unten richtet und die Gesellschaft ihr soziales Korrektiv, die Solidarität, einbüßt.

Das Raunen von der Gefahr, die von Zuwanderern allgemein und vom Islam besonders ausgehe, ist Bestandteil des alltäglichen Diskurses, der diesen Zusammenhang völlig ausblendet. Die Reizvokabeln, die Ideologen verbreiten, finden den Nährboden in existenziellen Ängsten; die Adressaten sind resistent gegen rationale Argumente, denn Bedrohungsszenarien und Verschwörungsfantasien sind wirkungsvoller als Vernunft und Logik.

Am Ende von Pegida stehen brennende Asylbewerberheime, nicht nur in Sachsen. Wutentbrannte Einheimische demonstrieren gegen Bürgerkriegsflüchtlinge. Ihre Abneigung resultiert aus Hilflosigkeit, die Aggressionsobjekte sucht: Muslime, Roma, Flüchtlinge, Fremde insgesamt. Die neu aufgeflamnte Fremdenfeindschaft erklärt sich auch mit dem großen Unbehagen vieler Ratloser über Zeitläufte, die sie nicht verstehen und schon gar nicht billigen. Distanz zur repräsentativen Demokratie drückt sich in Verdrossenheit gegenüber Politik und Medien aus und gipfelt im Verlangen nach größerer Partizipation. Die politikabstinenten Wutbürger gehen zwar nicht zu Wahlen und zu Veranstaltungen der demokratischen Parteien, würden sich aber gerne mit der Kanzlerin persönlich austauschen.

2. Zu den spezifisch sächsischen Entstehungsbedingungen

Nicht nur in der Politikwissenschaft galt Sachsen lange Zeit als das »Bayern des Ostens«, wenn auch in einem anderen Zusammenhang: Dieser Vergleich wurde angesichts der deutlichen Dominanz der sächsischen CDU unter der langjährigen Führung von Ministerpräsident Kurt (»König«) Biedenkopf (der 2002 von seinem Amt zurücktrat) bei allen Landtagswahlen bis 2004 gezogen, die an die Vorherrschaft ihrer bayrischen Schwesterpartei CSU erinnerte. Bis zum besagten Jahr konnte die Union in Sachsen immer absolute Mehrheiten erzielen und den Freistaat allein regieren. Aber auch seit dem Verlust der absoluten Mehrheit regiert sie als unangefochten stärkste Partei mit von Legislaturperiode zu Legislaturperiode wechselnden, wenig einflussreichen und durchsetzungsfähigen Koalitionspartnern. Aber nicht nur dieser Sachverhalt lässt einen Vergleich mit dem südwestlichen Nachbarn – auch über historische Epochen hinweg – plausibel erscheinen.

Heribert Prantl, Mitglied der Chefredaktion der *Süddeutschen Zeitung*, bezeichnete Sachsen im Vorfeld der Landtagswahlen 2014 angesichts des sich abzeichnenden Wahlerfolges der erstmals angetretenen AfD als das »heute (...) konservativste und rechteste deutsche Bundesland«. Jüngste Umfragen, die die rechtskonservative AfD bei 13 Prozent und die rechtsradikale NPD bei fünf Prozent der Wählerstimmen und damit wieder im Landtag sehen, bestätigen dieses Bild. Diese politische Einstellung manifestiert sich nicht mehr nur passiv im Wahlverhalten, sondern mehr und mehr auch auf der Straße. Es ist kein Zufall, dass Pegida in Sachsen entstanden ist und hier seine Hochburgen besitzt. Es ist auch kein Zufall, dass es gerade in Freital, Heidenau und zuletzt in Bischofswerda zu den größten rassistischen Ausschreitungen in Deutschland seit Rostock-Lichtenhagen gekommen ist.

Dazu hat die Politik der über Jahrzehnte hinweg dominierenden »Sächsischen Union« erheblich beigetragen. Um deren hegemoniales Wirken verständlich zu machen, muss zunächst auf das »System Biedenkopf« eingegangen werden. Mit diesem Begriff wird dessen Regierungszeit von 1990 bis 2002 bezeichnet, in der »die Demokratieentwicklung in Sachsen um ein ganzes Jahrzehnt zurückgeworfen wurde«, wie der Journalist Michael Bartsch treffend formulierte. Aus dem Westen exportiert, feierte der vormundschaftliche Staat, anknüpfend an Entwicklungen von vor 1989, in Sachsen fröhliche Urstände. In der Selbstzuschreibung als »König« und »Landesvater« war Biedenkopf die beherrschende Figur des ersten Jahrzehnts in der sächsischen Nachwendegeschichte. Unter ihm wurde der CDU-Landesverband die neue Staatspartei, die sich mit einem Mix von Miss- und Vetternwirtschaft sowie Ämterpatronage und Bürokratie das Land untertan machte. Der langjährige SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle, der maßgeblich zum Sturz von Biedenkopf 2002 und dessen Nachfolger Georg Milbradt 2008 beitrug, pflegte stets zu formulieren: »Gegenüber Sachsen ist selbst Bayern ein Hort des Liberalismus.« Dieses System funktioniert übrigens auch unter dem heutigen Ministerpräsidenten, wie der skandalöse Zuschuss von über 300.000 Euro aus sächsischen Steuermitteln für die unlängst veröffentlichten Tagebücher von Biedenkopf beweist.

Sachsenmythos

Auf Biedenkopf und die »Sächsische Union« – so die Eigenbezeichnung der CDU in Sachsen – geht auch der seit 1990 verbreitete Sachsenmythos zurück, der ein wichtiger Eckpfeiler der christdemokratischen Macht ist. Die ungebrochen hohe Zustimmung der Wählerschaft zur CDU-Politik stützt sich auf das getrimmte Bild vom »Primus des Ostens«. Dieses überhöhte Selbstbild ist in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung jederzeit abrufbar und erweist sich selbst bei großen landespolitischen Skandalen (Untergang der Landesbank, »Sachsensumpf«-Affäre, Aufenthalts-, Rückzugs- und Operationsraum des NSU usw.) als extrem stabil. Gravierende Probleme werden mit patriotischen Parolen und Eigenlob übertüncht. Wer da nicht mitmacht, gilt im Freistaat schnell als »Nestbeschmutzer« oder noch Schlimmeres, etwa als »linksextrem«.

Teile des Sicherheitsapparates führen ein Eigenleben. Wenn zutrifft, was der renommierte Politikwissenschaftler Hajo Funke annimmt, nämlich dass ein »tiefer Staat« auch in der Bundesrepublik existiert, der eine eigene Struktur hat, die nicht kontrolliert wird, die nicht rechtsstaatlich eingebunden ist, in der die Protagonisten nach eigenen Opportunitätsgesichtspunkten schalten und walten können, so gilt das für Sachsen allemal.

Die Politik des Schön- oder Wegredens auf der einen und der systematischen Verhinderung der Aufklärung auf der anderen Seite wird im Falle von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsradikalismus seit über zwei Jahrzehnten bis heute unbeirrt betrieben. Erst kürzlich bekräftigte Biedenkopf seine Aussage aus den späten 1990er Jahren, wonach Sachsen angeblich kein besonderes Problem mit der extremen Rechten habe. Jetzt bezeichnete er den hiesigen Rechtsextremismus gar als reinen »Westimport«, wohlgermerkt: nach dem Wahlerfolg der NPD 2004 mit Stimmenergebnissen (9,2 Prozent) nahe denen der SPD (9,8), ihrem Wiedereinzug in den Landtag 2009, dem Wahlerfolg der AfD bei den Landtagswahlen 2014 (9,7), dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), der Etablierung von Pegida und den vielen rassistischen Ausschreitungen in den letzten Wochen.

Mit dieser abstrusen Darstellung versuchte Biedenkopf von der gravierenden Mitschuld abzulenken, die er persönlich und seine CDU tragen, indem sie über viele Jahre zu einem günstigen Nährboden für den Rechtsruck in Sachsen beigetragen haben. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der Anspruch der »Sächsischen Union«, sich im Wettstreit um das »gesunde Nationalempfinden« von niemandem rechts überholen zu lassen. Mit ihrer nationalen Rhetorik und Symbolpolitik verfolgt die CDU das Ziel, sich beim Wahlvolk nach eigenem Bekunden »als patriotische, konservative und christlich-wertorientierte Volkspartei« zu präsentieren. Ein Parteitagebeschluss vom November 2005 regte sogar an, in der Bevölkerung »positive nationale Wallungen« zu erzeugen. Die Reaktivierung der wertkonservativen Trias von Heimat, Familie und Glauben zählt auch zu den erklärten politischen Vorhaben des amtierenden Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich, der darüber hinaus stets betont, dass der Islam nicht zu Sachsen gehöre. Statt eines modernen, pluralen, staatsbürgerlich-zivilgesellschaftlich verfassten Bundeslandes strebt die CDU in Sachsen durch diese Form der Leitkulturdebatte einen politisch homogenen, maßgeblich christlich geprägten Freistaat an. Damit schuf man zugleich die Voraussetzungen dafür, dass die politische Repräsentationskrise gerade in Sachsen die Gestalt eines Kulturkampfes annahm.

Kriminalisierung von Antifaschisten

Doch Rechtsradikalismus wird in Sachsen von der CDU nicht nur verharmlost, relativiert oder weggeredet, sondern es werden auch diejenigen, welche sich gegen ihn engagieren, verdächtigt und kriminalisiert. Als 2011 die damalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ihre »Extremismusklausel« einführte, war Sachsen eines der Bundesländer, das

diese besonders eifertig und in verschärfter Form auf Landesebene umsetzte. Sich für Demokratie und gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit engagierende Projekte mussten eine Erklärung für sich und ihre Kooperationspartner abgeben, dass sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, was sie von vornherein unter Generalverdacht stellte. Wenigstens in diesem Punkt konnte sich der neue Koalitionspartner der sächsischen CDU, die SPD, nach den Landtagswahlen 2014 durchsetzen und eine Streichung der Klausel erreichen.

Auch das Verhalten der sächsischen Polizei gegen Antifaschisten, die gegen die Naziaufmärsche zu den Jahrestagen der Bombardierung Dresdens am 13. Februar protestieren, zeigt, welcher Wind im Freistaat weht. Nachdem 2010 der Aufmarsch nach der bundesweiten Mobilisierung des Bündnisses »Dresden Nazifrei« erstmals blockiert werden konnte, setzte 2011 eine ungeahnte Repression seitens der Behörden gegen die Beteiligten ein: So wurden Blockaden – rechtlich strittig – als Straftaten eingeschätzt und geahndet sowie mittels Funkzellenabfrage die Verbindungsdaten Hunderttausender, sowohl von Demoteilnehmern als auch von völlig Unbeteiligten, gespeichert. Ein Gebäude des Stadtverbandes der Partei Die Linke, in dem die Proteste koordiniert wurden, stürmte die Polizei mit martialischem Krafteinsatz, durchsuchte die Räume und nahm Festnahmen vor.

Dieses Vorgehen steht im scharfen Kontrast zum Umgang der sächsischen Behörden z.B. mit den Ausschreitungen von gewaltbereiten Neonazis und »Asylkritikern«, wie in Heidenau Ende August 2015. Mehrere Tage demonstrierte dort, beobachtet von einer bundesweiten und internationalen Öffentlichkeit, ein Mob gegen die Unterbringung von Asylbewerbern in einem leerstehenden Baumarkt, randalierte und lieferte sich Straßenschlachten mit einer eklatant unterbesetzten und völlig überforderten Polizei. Einen »polizeilichen Notstand« erkannten die Behörden jedoch erst, als »Dresden Nazifrei« ein Willkommensfest für die Geflüchteten in Heidenau anmeldete. Nur durch eine Eilentscheidung des Bundesverfassungsgerichts konnte dieses Fest als notwendiges Zeichen gegen Rassismus stattfinden. Mit dem Verweis auf den angeblichen Notstand machten die Staatsrepräsentanten in Sachsen von einer bewährten Methode Gebrauch: Das elementare demokratische Grundrecht der Versammlungsfreiheit wird von der CDU schrittweise in einen Gnadenakt umgewandelt. Ja mehr noch: Es ist darüber hinaus die politische Bankrotterklärung der sächsischen Staatsregierung, die die Auseinandersetzung um Grundfragen unseres Zusammenlebens offenkundig immer stärker mit Notstandsgesetzen führen will.

Tuchföhlung mit Rechtsaußen

Mit dem faktischen Zusammenspiel von maßgeblichen Teilen der sächsischen CDU und der AfD, zu deren Gründungsvätern und -müttern zahlreiche vormalige Unionsmitglieder gehören, und auch mit Pegida verschieben sich in diesen Wochen und Monaten nicht nur die politischen Koordinaten im Freistaat in gefährlicher Weise weiter nach rechts. Der bundesweit konservativste Landesverband der CDU erweitert damit zugleich in zweifacher Hinsicht seinen Spielraum. Er errichtet ein Bollwerk gegen emanzipatorische Bewegungen und betreibt ein Versuchslabor für einen verschärften neoliberalen Politikstil. Bei einer weiteren Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise besteht damit die reale Gefahr, dass sich in Sachsen als erstem Bundesland ein handlungsfähiger Rechtsblock aus konservativen Eliten, Rechtspopulisten und extremen Rechten formiert, der bei den nächsten Landtagswahlen 2019 zu einem Regierungsbündnis von CDU und AfD führen könnte. Mit im Landtag könnte nach derzeitigem Stand zudem die NPD sein, die in Sachsen traditionell besonders eng mit den militanten neonazistischen Kameradschaften verbandelt ist.

Warum Landeshauptstadt Dresden?

Fragt man nach möglichen lokalen und regionalen Besonderheiten hinsichtlich der Entstehung und der Dauer von Pegida in Dresden beziehungsweise in Sachsen, so fallen zwei politisch-kulturelle Erklärungszusammenhänge auf. Zum einen zeichnet sich Sachsen wie schon erläutert durch ein starkes Selbst- und Traditionsbewusstsein aus. Auf dieser Grundlage gedeiht ein „landsmannschaftlicher Zusammenhalt“, der sich in kollektiver Selbstbezogenheit und Eigensinn äußert. Diese Selbstwahrnehmung, dieser „sächsische Chauvinismus“, der Widerstand gegen Berlin, wurde schon in der DDR gepflegt.

Nicht zu unterschätzen ist der Umstand, dass die Residenzstadt der sächsischen Könige eine medial eindrucksvolle Kulisse für Demonstrationen jeglicher Art darstellt. Die alljährlich am 13. Februar rituell in Erinnerung gerufene Zerstörung der „barocken“ Stadt durch „anglo-amerikanische Bomberverbände“ hatte Dresden zu einer Bühne für die Aufmärsche einer europaweit mobilisierten Neonazi-Szene werden lassen. Zugleich pflegte die Stadtgesellschaft über Jahrzehnte ein Selbstbild, in dem Dresden stets als Opfer unverschuldeter Umstände erschien. Damit konnte die nationalsozialistische Vergangenheit der Stadt beschwiegen und eine nostalgische Vision der Wiederherstellung vergangener städtebaulicher Schönheit und kulturellen Glanzes erdacht werden.

Mit dieser sich selbst vergewissernden Erzählung konnten sich Teile des Dresdner Bildungsbürgertums, wie sie etwa in Uwe Tellkamps Roman „Der Turm“ literarisch verewigt

worden sind, gegen manche Zumutungen der SED immunisieren. Zugleich spinnen sie sich aber auch in einen Kokon nostalgischer Idealisierungen ein, der die DDR-Zeit überdauerte. Aus diesen Haltungen speist sich heute ein für Dresden im Vergleich zu den beiden anderen sächsischen Großstädten Leipzig und Chemnitz (beide SPD-geführt) typischer Konservatismus. Dieser sieht sich nicht nur der Hervorhebung und Bewahrung eigener Kultur, Tradition und Identität verpflichtet. Mit diesem Konservatismus einher gehen starke Abwehrreflexe gegen vermeintliche Gefahren oder Bedrohungen dieser „Heile-Welt-Nostalgie“. Gerade die aktuellen Folgen von Globalisierung, von islamistischem Terror und von großen Migrations- und Flüchtlingsbewegungen werden so interpretiert, dass sie den Zustand von Normalität, Stabilität und Sicherheit bedrohen, der sich nach den tiefgreifenden erwerbsbiographischen, sozioökonomischen und demographischen Umbrüchen der vergangenen Jahrzehnte gerade erst wieder eingestellt hatte.

Pegida hat Sachsen erschüttert und Dresden gespalten. Spannungen und Konfliktlinien sind sichtbar geworden. Die Dresdner Stadtgesellschaft ist politisiert und sieht sich gezwungen, Farbe zu bekennen, wo sie nicht in Abwarten oder Ratlosigkeit verharrt. Die antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gegenkräfte sind derzeit etwas ermüdet und durch die zahlenmäßige Unterlegenheit verunsichert. Das Bündnis „Dresden nazifrei“ plant daher für Dezember 2015 oder Januar 2016 eine Strategiekonferenz.

3. mögliche Schlussfolgerungen für die Linke und DIE LINKE

Aufklärung und Mobilisierung von links

Wer über PEGIDA spricht, muss sich klar darüber sein, dass es in der deutschen Geschichte, konkret in der Weimarer Republik, schon einmal eine Situation gab, in der der gesellschaftliche und politische Protest als Massenbewegung von ganz rechts organisiert wurde. Die damalige Spaltung der Arbeiterbewegung, die Unfähigkeit von SPD und KPD, ein überzeugendes Projekt einer politischen Alternative von links zu entwickeln, trug ganz wesentlich dazu bei, dass die kleinbürgerlich denkenden Teile der abhängig Beschäftigten den Nazis folgten und so zur Manövriermasse der faschistischen Machtübernahme wurden.

Ich verweise auf diese Parallelen, weil natürlich klar ist, dass eine konsequente antifaschistische Praxis auch heute unverzichtbar ist. Das setze ich hier als ebenso selbstverständlich voraus, wie die Ablehnung des autoritären, neoliberalen

Krisenmanagements zu Lasten der abhängig Beschäftigten und Prekarisierten. Das wird auf Dauer aber nicht ausreichen. Wir müssen zugleich reale Alternativen aufzeigen, die in eine emanzipatorische, demokratische Praxis münden, in der Protest und Widerstand in konkrete Organisiertheit überführt wird. Ein Strategiewechsel zu erlebbarer wirklicher Demokratie wie ansatzweise in Spanien und Griechenland ist auch für die deutsche Linke eine Orientierung. Aktive solidarische Netzwerke (Zwangsräumungen verhindern, antifaschistische Bündnisarbeit, Arbeitskämpfe unterstützen usw.) zunächst lokal und regional und wenn möglich dann bundesweit zu organisieren (Stichwort TTIP-Demo), ist ein möglicher Erfolgsweg. Die Suche nach einer „wirklichen Demokratie“ statt einer kapitalistischen Fassadendemokratie (Habermas vor ein paar Tagen) lenkt die Orientierung auf gemeinsame Aktionen, Massenproteste und gemeinsame Perspektiven. In der LINKEN gibt es bislang nur Ansätze in dieser Richtung. Die Kampagne gegen prekäre Beschäftigung „Das muss drin sein“ ist durchaus ein Schritt in die richtige Richtung.

Diese Elemente müssen aber mit einer überzeugenden und tragfähigen politischen Alternative von links verknüpft sein, die perspektivisch die Macht- und Systemfrage, die Verteilungs- und die Eigentumsfrage stellt und eine Massenunterstützung zu mobilisieren vermag, um zumindest ansatzweise die Chance zu nutzen, rechten und faschistischen Bewegungen erfolgreich den Boden entziehen. Der erste Wahlerfolg von Syriza am 25. Januar 2015 - vermeintlich lang ist es her - illustriert die Richtigkeit dieser historischen Erfahrung. Die linke Partei gewann mehr als ein halbe Million Stimmen hinzu und konnte 36,4 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen (2012: 26,9 Prozent). Die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ verlor ca. 37.000 Stimmen und mehr als 0,6 Prozentpunkte. Der Erfolg und das Konzept der griechischen Linken ist von allgemeiner Bedeutung für die Strategie gegen neofaschistische und rassistische Parteien und Bewegungen. Kern einer erfolgreichen antifaschistischen Strategie muss eine konsequente Oppositionspolitik sein, die eine tragfähige politische Alternative zur neoliberalen Politik vertritt und verständlich über die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse aufklärt. Vieles auch im Kampf gegen Rechtspopulismus und Faschismus nicht nur in Griechenland wird davon abhängen, ob eine derartige Alternative dort nun im zweiten Anlauf praktisch politisch durchgesetzt werden kann. Ich zähle ehrlich gesagt zu den Zweiflern am gegenwärtigen Kurs von A. Tsipras, der zwar an der Regierung ist, während die Troika aber die Macht hat. Wir sollten uns aber besser an die eigene Nase fassen, denn wir (die deutsche Linke) haben bei der solidarischen Unterstützung der Griechen komplett versagt.

In der Bundesrepublik ist es zunächst auch eine Aufgabe der Linken, das mögliche Ansprechpotenzial, den noch nicht aktivierten Resonanzraum der Pegida-Bewegung, die die politischen Verhältnisse - wie gezeigt - nur verzerrt wahrnimmt, mit dem tatsächlichen Gegner zu konfrontieren. Notwendig ist eine stärkere Aufklärung über die wirklichen gesellschaftlichen und politischen Machtverhältnisse. Insofern ist auch die Forderung nach konkreter Auseinandersetzung völlig richtig. Diese aber ist nur sinnvoll, wenn die Linke konsequent die „antiaufklärerische Aggression“ von Pegida zurück weist und zugleich ihre Vorstellungen von einer politischen und sozialen Alternative zum herrschenden Politikbetrieb vorträgt. Sie hat dabei zu beachten, dass im politischen Alltagsbewusstsein auch in Ostdeutschland mittlerweile Vorstellungen deutlich an Einfluss gewonnen haben, die die Schuld für soziale und politische Fehlentwicklungen bei den Schwächsten und eben nicht bei den in dieser Gesellschaft Herrschenden suchen.

Die Pegida-Demonstrationen machen deutlich, dass es weder dem herrschenden Block noch den übrigen Parlamentsparteien gelungen ist, den durch Kriege und neoliberale Politik prekarisierten oder verunsicherten Teilen der Bevölkerung ein beruhigendes strategisches Angebot zu unterbreiten. Bedauerlicherweise kann sich die Linke (groß und klein geschrieben) von dieser Feststellung nicht ausnehmen. Das gilt auch in besonderer Weise für den sächsischen Landesverband, dessen linkes Oppositionsprofil sich in den letzten Jahren deutlich abschwächte. Die Rolle der LINKEN kann sich nicht darin erschöpfen, in einer übergreifenden Parteienallianz der Pegida-Gegner aufzugehen. Insofern bietet der Beschluss des Parteivorstandes vom 26. September „Zeit zu handeln! Warum wir keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit haben“ richtige Orientierungen; die Frage ist nur, ob wir politisch und medial stark genug sind, damit in die Öffentlichkeit zu dringen und gegen die derzeit herrschende Politik erfolgreich Widerstand zu leisten.

Selbst wenn Pegida demnächst als Bewegung verschwinden sollte, wächst vermutlich in der nächsten Etappe der neoliberalen Transformation von Staat und Gesellschaft das Potential für ähnliche Bewegungen von rechts - solange es der LINKEN nicht gelingt, die latenten Proteststimmungen als gesellschaftliche Kraft für progressive politische und gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen. Eine Politik, die auf sozialen Zusammenhalt, auf mehr Gleichheit und Gerechtigkeit sowie soziale Sicherheit setzt, ist die beste Prävention gegen Ausgrenzung und „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Im Umkehrschluss verlangt der Kampf

gegen Rassismus und Ausgrenzung eine ausdrückliche politische Polarisierung gegen die Profiteure der neoliberalen Politik und ihre Handlanger.

Ich bin der Überzeugung, dass ohne eine politische Offensive der LINKEN gegen den drohenden Krieg und gegen die neoliberale Politik, auch ohne den viel diskutierten und leider bislang von der Parteiführung abgelehnten Plan B für Europa, ein weiteres Anschwellen reaktionärer Bewegungen zu befürchten ist, egal unter welchem Namen diese künftig auftreten werden. Es besteht die reale Gefahr, dass die politische Initiative weiter bei einer disparten, sich gerade neu ordnenden Rechten bleibt.

Die Linken insgesamt wie auch DIE LINKE als Partei müssen sich auf klare politische Botschaften verständigen. Die Alleinstellungsmerkmale der LINKEN, insbesondere als Antikriegspartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit, gewinnen an Bedeutung. Es ist dabei unabdingbar, dass die Partei „klare Kante gegen Rassismus“ zeigt, aktive Willkommenskultur praktiziert und alle Bewegungen für Flüchtlingshilfe und Weltoffenheit vor Ort unterstützt. Zugleich dürfen wir keine Angst haben, mit Menschen in Kontakt zu treten und sie anzusprechen, die bisher keine klar linken und teils widersprüchliche bis schräge Auffassungen haben. Diesen gilt es vor allem zu zeigen, wo die gesellschaftlichen Ursachen und der eigentliche politische Gegner zu suchen sind. Dafür benötigen wir neue Formen und Formate der kommunikativen Ansprache, die unser Anliegen deutlich machen. Im Sinn einer eigenständigen Profilierung der Partei in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen könnten unsere Hauptbotschaften sein: Frieden statt NATO! Nieder mit Krieg und Kriegspolitik! Schluss mit dem Terror unserer Kriege! Endlich Schluss mit Hartz IV! Arbeit für alle! Für sozialen Frieden in unseren Städten! Schluss mit der Medienpropaganda!